

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti, SP): Grosses Länggassschulhaus: Wann kommt die dringend nötige Sanierung?

Das 1892 erbaute Grosse Länggassschulhaus ist von aussen betrachtet ein stattlicher, gepflegter Bau. Nicht aber im Innenbereich, der dringend saniert werden müsste: Die Wände und Decken in den Gängen und z.T. auch in den Schulzimmern sind abgeschossen und an vielen Stellen blättert der Putz ab. Die Gänge sind dunkel und brauchen eine Farbauffrischung und mehr Lichtzufuhr. Heizung und Isolation sind veraltet bzw. ungenügend. Die Schulzimmer sind ohne fliessendes Wasser und meistens nur mit einem einzigen Stromanschluss versehen. Das Kollegium verzichtete im letzten Dezember wegen der mangelnden Stromversorgung aus Sicherheitsüberlegungen sogar auf die Adventsaktion mit beleuchteten Adventsfenstern. Die Innenausstattung des Schulhauses entspricht dem Stand von 1950 und wird den heutigen Anforderungen an Unterrichtsgestaltung, integrativer Schule, Basisstufe und Einbezug der Tagesschule nicht gerecht.

Im Zusammenhang mit der Totalsanierung muss auch geprüft werden, ob zusätzlicher Raum geschaffen werden kann, z.B. mit dem Ausbau des grosszügigen Dachstockes: Dort könnten eine Aula für Veranstaltungen (könnte auch dem Quartier zur Verfügung gestellt werden), spezifische Unterrichtsräume für Zeichnen, textiles Gestalten, Musik, NMM, Arbeitsbibliothek, PC-Arbeitsplätze, Besprechungszimmer und Aufenthaltsräume für die Tagesschule untergebracht werden – Räume die ebenfalls einem grossen Bedürfnis entsprechen.

Die Totalsanierung wurde mündlich schon mehrmals in Aussicht gestellt, dann aber immer wieder hinausgeschoben. Der Wunsch der Schulleitung, Schulkommission und Elternrat nach mehr Information und einer Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Stellen wird zu wenig erfüllt.

Im Jahresbericht 2006 von „Stadtbauten Bern“ ist zu lesen: „Stadtbauten Bern schliesst das Jahr mit einem Unternehmensergebnis von Fr. 16,9 Mio. ab und realisiert damit ein Plus von über Fr. 10,0 Mio. gegenüber dem budgetierten Gewinn.“ Es stellt sich die Frage, weshalb dringende Sanierungsmassnahmen nicht ergriffen und stattdessen nicht budgetierte Bilanzgewinne erwirtschaftet werden. Auch 2007 resultierte ein Gewinn von Fr. 15,4 Mio.

Wir anerkennen, dass in den letzten Jahren in der Stadt Bern ein Teil des Sanierungsnachholbedarfs in Kindergärten und Schulhäusern, der z.T. noch aus den 80er Jahren stammt, abgebaut wurde. Im Falle des Grossen Länggassschulhauses stellen sich uns jedoch Fragen, um deren Beantwortung wir den Gemeinderat bitten:

1. Weshalb wird die Sanierung des Grossen Schulhauses hinausgezögert?
2. Weshalb wurden ungeplante Gewinne realisiert und gleichzeitig dringende Sanierungsarbeiten verschoben?
3. Wann wird die Sanierung des Grossen Länggassschulhauses nun definitiv erfolgen?
4. Ist der Gemeinderat bereit zu prüfen, ob neue Räume in der Länggasse erschlossen werden können (z.B. im Dachstock), die gemäss heutigen Anforderungen an die Schule nötig wären? Gerade auch die Tagesschule platzt aus allen Nähten.
5. Ist der Gemeinderat bereit, die Schulleitungen und Schulkommissionen halbjährlich über den Stand der Sanierungsplanung der städtischen Schulbauten zu informieren?

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti, SP): Patrizia Mordini, Christof Berger, Ruedi Keller, Claudia Kuster, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Beni Hirt, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Michael Aebersold, Markus Lüthi, Annette Lehmann, Corinne Mathieu, Beat Zobrist, Michael Aebersold, Gisela Vollmer

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Die Sanierung und Instandhaltung von Schulhäusern obliegt seit dem Jahr 2003 den Stadtbauten Bern (StaBe). Bereits bei Gründung der StaBe war bekannt, dass das Grosse Länggassschulhaus saniert werden muss (finanziert aus ordentlichen Unterhaltsmitteln der StaBe) und für das Schulhaus ein legitimes Bedürfnis nach zusätzlichen Räumen im Lehrbereich sowie für eine Aula besteht, welche eine Neubestellung durch den Gemeinderat bedingen (Neubestellung mit Erhöhung der Mietfolgekosten auf Seite der Bestellerdirektion). Da aber auf Seite der StaBe wie auch auf jener der Stadt bzw. der zuständigen Direktion Unklarheiten über die Kompetenzen und Abläufe bei Neubestellungen mit gleichzeitigen Sanierungen bestanden, wurde das Projekt zunächst nicht ausgelöst. Die StaBe strebten von Beginn weg ein Gesamtprojekt an und stellten daher die Sanierung in Erwartung einer Bestellung von Zusatzbedürfnissen zurück. Diese im Jahr 2007 vorgelegte Bestellung hat der Gemeinderat nicht genehmigt. Da eine erneute Bestellung für das Jahr 2008 vorgesehen war, stellten die StaBe die Sanierung um ein weiteres Jahr zurück, weil es aus baulicher und betrieblicher Sicht nicht vertretbar schien, zunächst eine Sanierung und kurz darauf ein Bauvorhaben zur Erfüllung zusätzlicher Bedürfnisse durchzuführen. Im Dezember 2008 hat der Gemeinderat die Bestellung genehmigt. Die beim Grossen Länggassschulhaus eingetretene Bauverzögerung ist keinesfalls das Resultat einer Verzögerungstaktik, sondern die Folge von Entscheidungen, bei welchen wirtschaftliche, bauliche und betriebliche Faktoren berücksichtigt wurden.

Zu Frage 2:

Die Realisierung nicht vorhergesehener Gewinne durch StaBe hat mehrere Ursachen. Neben nicht budgetierten Erträgen aus Immobilienverkäufen (im Jahr 2006 1,2 Mio. Franken, im Jahr 2007 1,5 Mio. Franken) spielt der Umfang der tatsächlich realisierten Baumassnahmen für den Unterhalt der einzelnen Objekte eine bedeutende Rolle. Von den im Budget vorgesehenen Unterhaltsmitteln konnten aus verschiedenen Gründen (beispielsweise Verschiebung einzelner Projekte in Abhängigkeit von Neubestellungen, Verzögerungen im Planungsverfahren, zusätzliche Auflagen während der Bauausführung, zu optimistisch eingeschätzte Realisierungsquote von Sanierungsmassnahmen) im Jahr 2006 nur 45 % und im Jahr 2007 rund 60 % verbaut werden. Über die Verwendung des Gewinns der StaBe entscheidet der Gemeinderat. Die StaBe dürfen nicht von sich aus ungeplante Gewinne für zusätzlichen Unterhalt verwenden. Für das Jahr 2006 hat der Gemeinderat eine Gewinnrückstellung in der Höhe der unterhaltsseitig nicht verwendeten Mittel bewilligt, für das Jahr 2007 hat er eine solche Gewinnrückstellung abgelehnt.

Zu Frage 3:

Im Dezember 2008 hat der Gemeinderat das Projekt Volksschule Länggasse, Raumoptimierungen im Rahmen der neuen Bestellungen an die StaBe für das Investitionsbudget 2010 bewilligt. Der Start des Gesamtprojekts - Sanierung, Optimierung und Erweiterung - wird im Jahr 2009 erfolgen. Mit den Arbeiten kann voraussichtlich im Jahr 2012 begonnen werden, der Projektabschluss ist für das Jahr 2014 vorgesehen.

Zu Frage 4:

Bei der Bestellung an die StaBe hat das Schulamt zusätzliche Raumbedürfnisse formuliert. So sieht der gegenwärtige Projektstand eine Gesamtsanierung mit Anpassung des Raumprogramms an die Standards nach Rahmenvertrag (erstellen von Gruppenräumen, Anpassungen im Bereich für die Lehrerinnen und Lehrer) und das Erstellen einer neuen Aula vor. Die zusätzlichen Flächen wurden vom Gemeinderat am 10. Dezember 2008 bestellt. Bei allen Sanierungen in Schulhäusern ist der Gemeinderat bestrebt, die Anforderungen an die heutige Schule bestmöglich zu berücksichtigen. Die Umsetzung von Bestellungen erfolgt durch StaBe unter Einbindung der Bestellerdirektion in die Projektorganisation. Damit ist sichergestellt, dass die angemeldeten Bedürfnisse im Projekt zweckmässig umgesetzt werden.

Zu Frage 5:

Der Gemeinderat wird einmal jährlich im Rahmen des Bestellprozesses durch StaBe über geplante Sanierungen von Schulbauten informiert. Ein Projektreporting erfolgt gegenüber dem Verwaltungsrat der StaBe, jedoch nicht gegenüber dem Gemeinderat. Wie bereits dargelegt, ist die Bestellerdirektion - bei Schulbauten die Direktion für Bildung, Soziales und Sport - in die Projektorganisation eingebunden und damit über den Planungsstand informiert. Es ist Sache der zuständigen Direktion, die Bedürfnisgruppen wie Schulleitungen und Schulkommissionen zu informieren. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport informiert die Schulleitungen jeweils über die Neubestellungen unmittelbar nach dem Entscheid des Gemeinderats, ausserdem gibt sie zwei Mal jährlich, anlässlich der Konferenzen der Volksschulleitungen, neu eine Übersicht über den Stand der aktuellen Sanierungs- und Neubauprojekte ab.

Bern, 18. Februar 2009

Der Gemeinderat